

SYVICOL verlangt mehr Mieterschutz

Solidaritätserklärung zum Einsatz einer privaten Wachgesellschaft durch die Stadt Luxemburg

LUXEMBURG
PATRICK WELTER

Im Streit um den Einsatz einer Wach- und Sicherheitsfirma im hauptstädtischen Bahnhofsviertel stellt sich der Städte- und Gemeindebund SYVICOL voll hinter die Stadt Luxemburg. Die Beschäftigung von Sicherheitsfirmen sei eine gängige Praxis, die in zahlreichen Kommunen angewandt wird, betonte SYVICOL-Präsident Emile Eicher bei der gestrigen öffentlichen Vorstandssitzung.

Eigentlich sollte es im wichtigsten Tagesordnungspunkt um eine Stellungnahme zum Gesetzentwurf 7139 für den sogenannten „Baulandvertrag“ gehen, dieses Thema wurde aber auf die nächste Sitzung verschoben. Danach ging es vor allem um das Gesetzesprojekt 7642, das Reformen zum Mietrecht, zur Untervermietung, den sogenannten „Café-Zimmern“ und Wohngemeinschaften umfassen soll.

Gesetzentwurf 7642: Lückenhaft

Vorweg gesagt: Der Gesetzentwurf wurde alles andere als wohlwollend aufgenommen, weil er zu wenig präzise sei, zu viele „Kann“-Bestimmungen enthält, viele Lücken aufweist und vor allem die Eigentümer zu wenig in die Pflicht nimmt. Abgesehen davon, dass schon wieder Verpflichtungen auf die Kommunen zukommen.

Das Gesetz soll laut SYVICOL Verbesserungen für Mieter bringen, tut dies aber weder bei der Untervermietung, Wohngemeinschaft noch bei Café-Zimmern. Wohngemeinschaften (co-location) würden immer wichtiger, aber das Gesetz gehe nicht weit genug, sei nicht strikt genug, gleichzeitig aber sehr formalistisch. In der Gesamtbilanz bringe es mehr Vorteile für die Vermieter. In Sachen gemeinsamer Mietvertrag (einer Wohngemeinschaft) gehe es nicht weit genug. Die schwierige Situation in Sachen Untermiete und Wohngemeinschaften bleibe, die juristische Unsicherheit werde nicht abgeschafft. Eine andere Lösung müsse her, insbesondere zum Mieterschutz.

In Sachen Café-Zimmer will das Gesetz immerhin die Wuchermieten – aufgrund einer mehr oder minder schlechten Möblierung – abschaffen. Zwar werde die Miete auf einen jährlichen Höchstbetrag gedeckelt, aber es werden keine Sanktionen gegen gierige Vermieter aufgeführt. Der Mieter habe immer noch keine Kontrolle, ob seine Miete angemessen ist.

Für die Mitglieder des SYVICOL-Vorstands ist der Gesetzentwurf auch deswegen ärgerlich, weil er viele Lösungen den Kommunen überlässt. Jean-Paul Schaaf fragte beispielsweise wie es ist, wenn das lokale Parkmanagement einem Einfamilienhaus nur zwei Parkvignetten zugesteht, in dem Haus aber eine Wohngemeinschaft oder eine Vielzahl von Untermietern untergebracht ist? Wie viele Mülleimer braucht es und wer zahlt die kommunalen Verbrauchsgebühren? Wer kontrolliert die gesetzlich zulässige Gesamtbelegung eines Hauses oder einer Wohnung? Schließlich müssen in Luxemburg jedem Bewohner mindestens neun Quadratmeter zur Verfügung stehen. Ein Zimmer kann nur mit einer (!) Einzelperson oder einem Paar belegt werden.



Der SYVICOL unterstützt die Stadt Luxemburg bei ihrem Bemühen um mehr Sicherheit

Foto: Editpress

Gesetzlich ist es nicht möglich, eine Wohngemeinschaft in einem Einfamilienhaus zu verbieten. Das wolle auch niemand, meinte der Escher Bürgermeister Georges Mischo, der im letzten Jahr wegen einer angeblichen Anti-Wohngemeinschaftsregelung viel gescholten wurde. Es gehe vielmehr darum, dass eine derartige Nutzung beim Bürgermeister angemeldet werden muss, um gegebenenfalls eine baupolizeiliche Untersuchung zu ermöglichen. Das sei klar eine Aufgabe der Vermieter. Der Haus- oder Wohnungseigentümer müsse eine Wohngemeinschaft bei der Gemeinde anmelden, außerdem sei es dringend geboten, dass ein gesetzlicher gemeinsamer Mietvertrag für Wohngemeinschaft kommt – die WG sei eine Zukunftsform des Zusammenlebens.

Den Vermietern stärker auf die Finger schauen

„Es kann nicht so weiter gehen!“

LYDIE POLFER Bürgermeisterin

Hauptstadtbürgermeisterin Lydie Polfer wies auf andere Ungereimtheiten hin, ein Haus – oder Wohnungseigentümer habe nicht einmal das Recht, beim Einwohnermeldeamt zu erfragen, wer in seinem Haus oder seiner Wohnung polizeilich gemeldet ist.

In größeren Gemeinden sei die Kontrolle von Wohnungen, etwa auf eine sicherheitsrelevante Überbelegung, schlicht unmöglich, meinten Polfer und Mischo gleichermaßen.

Der Bettemberger Bürgermeister Laurent Zeimet meinte, man müsse die Vermieter stärker in die Pflicht nehmen, insbesondere bei den „Café-Zimmern“. Bei Verstößen oder einer notwendigen anderen Unterbringung der Bewohner aus Sicherheits- oder Gesundheitsgründen sollten die Eigentümer, in der Regel Brauereien, und nicht die Kommunen zahlen.

Georges Mischo brachte es auf den Punkt: „Wir müssen den Eigentümern mehr auf die Füße treten“, sie würden den Bürgermeistern auf der Nase herumtanzen. Die Diskussion zog sich noch eine Zeitlang hin, es wurde auch angemerkt, dass die Kommunen bei Sicherheits- und Gesundheitsfragen von nationalen Instanzen nicht immer unterstützt werden.

Eicher: Sicherheitsfirmen sind nichts Neues

In Bezug auf den Wirbel um die Beschäftigung einer privaten Sicherheitsgesellschaft, die im Bahnhofsviertel der Hauptstadt Streife geht, meinte Emile Eicher, dass der Einsatz von Sicherheitsfirmen auf kommunaler Ebene absolut nichts Neues ist. Sie würden regelmäßig bei Gemeinden für Veranstaltungen oder zum Gebäudeschutz beschäftigt. Sicherheit sei nun einmal eine

kommunale Aufgabe. Wenn die Bürger Sicherheit wollten, sei die Gemeinde dazu verpflichtet diese herzustellen.

Polfer: Positive Resonanz der Anwohner

Luxemburgs Bürgermeisterin Lydie Polfer

sagte, dass sie von der Aufregung um die Sicherheitsfirma total überrascht worden sei. Das gleiche Unternehmen gehe schon seit einem Jahr in Differdingen dem gleichen Auftrag nach – die politische Erregung sei dort gleich Null.

Die Polizei räume selbst ein, dass sie das Drogenproblem im Bahnhofsviertel nicht in den Griff bekommt und die Justiz überlastet ist. „Es kann nicht so weiter gehen!“ unterstrich die Bürgermeisterin. Die Resonanz der Einwohner des Viertels auf die Zwei-Mann-Streifen der Sicherheitsfirma sei rundum positiv.

Sie frage sich wie sich die Kritiker den Betrieb des neuen Fußballstadions vorstellen, bei ausverkaufter Arena seien dort 100 bis 150 private Sicherheitsleute im Einsatz. ●